

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Simone Huth-Haage (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Einladungs- und Erinnerungswesen zu den Früherkennungsuntersuchungen

Die **Kleine Anfrage 1741** vom 4. Juli 2013 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung eine Kosten-Nutzen-Analyse der einzelnen Schritte des Einladungs- und Erinnerungswesens zu den Früherkennungsuntersuchungen vorgenommen?
2. Wenn ja, wie ist diese Kosten-Nutzen-Analyse ausgefallen?
3. Wenn nein, wie begründet die Landesregierung diese Entscheidung?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Juli 2013 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung hat eine Kosten-Nutzen-Analyse des Einladungswesens nach dem Landeskinderschutzgesetz in Auftrag gegeben. Diese wird durchgeführt vom Institut für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie der Universität Köln.

Im Fokus der Auswertung steht die Frage, ob durch das Einladungswesen eine unter Kosten-Nutzen-Aspekten effiziente Steigerung der Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen U4 bis U9 sowie eine Verbesserung des Kinderschutzes in Rheinland-Pfalz erreicht werden kann. Für die Beurteilung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses werden folgende Teilaspekte erfasst:

- Analyse von Teilnehmerquoten und Teilnehmerstruktur U4 bis U9
- Identifikation und Verhinderung der Kindeswohlgefährdung durch das Einladungswesen und Auswirkungen auf Frühe Hilfen
- Auswirkungen der U-Untersuchungen auf die körperliche und psychische Kindergesundheit
- Auswirkungen des Einladungswesens auf den Zugang zu Familien, die bislang nicht oder kaum an Früherkennungsuntersuchungen teilgenommen haben
- Auswirkungen des Einladungswesens auf die Zusammenarbeit zwischen den an der Intervention beteiligten Institutionen und Gruppen
- Auswirkungen des Einladungswesens auf die Arbeit der Gesundheitsämter
- Erfassung der monetären Kosten des Einladungswesens bei allen beteiligten Institutionen.

Zu Frage 2:

Ergebnisse werden für das 2. Quartal 2014 erwartet.

Zu Frage 3:

Die Beantwortung entfällt.

Irene Alt
Staatsministerin